



Beschlussprotokoll des ausserordentlichen Parteitag vom 17. Oktober 2009, in Schwyz, Beginn um 11.15Uhr

Vorsitz: Chistian Levrat
Protokoll: Ruth Straubhaar
Anwesend: 426 Delegierte und 137 Gäste

Anmerkung des Protokolls:

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen des Parteitags wurden vollumfänglich auf DVD aufgenommen und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz resp. im Schweizerischen Sozialarchiv archiviert.

1. Eröffnungsgeschäfte

Der Parteitag wurde von Vizepräsident *Cédric Wermuth* eröffnet. Begrüsst wurden insbesondere die ausländischen Gäste sowie Armin Hüpin, Schwyzer Regierungsrat und alt Bundesrätin Ruth Dreifuss. Es folgten Begrüßungsreden von *Andy Tschümperlin*, Nationalrat SZ und Vizepräsident der SP Fraktion der Bundesversammlung und *Martin Reichlin*, Kantonalpräsident der SP Schwyz.

Wahl der StimmenzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss: Folgende StimmenzählerInnen wurden gewählt: Arnaud Bouverat, Alex Schönenberger, Petra Hummel, Herbert Enz, Nora Scheel, Geri Röthlisberger, Thomas Ruh, Willi Hardmeier, Christoph Suter, Jean-Pierre Bodrito, Roland Müller, Macela Salivarova Bideau, Cipriano Alvarez, Peter Nussbaumer, Rebekka Wyler, Roger Schmutz, Jürg Schaefer

StellvertreterInnen: Nadine Davet, Luzia Mumenthaler, Manfred Kulla, Vic Nager, Lucrezia Bernetta, Therese Haller, Frédéric Speich, Mario Galli, Felix Birchler, Yves Gandin, Jean-Michel Rossi, Romain de Sainte Marie, Daniel Stampfli, Daniel Meineberg, Andreas Edelmann, Emanuel Dietisheim, Bruno Grossniklaus.

Wahl Mandatsprüfungskommission

Beschluss: Verena Loembe und Ruth Straubhaar werden stillschweigend gewählt.

2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages

2.1 *Genehmigung der Geschäftsordnung*

2.2 *Genehmigung der Traktandenliste*

Beschluss:

- 2.1 Geschäftsordnung wird genehmigt
- 2.2 Die aktualisierte Traktandenliste gemäss Tischvorlage wird genehmigt

3. Protokoll

3.1 *Genehmigung des Protokolls des ordentlichen Parteitages in Aarau*

Beschluss: Wird mit bestem Dank an Ruth Straubhaar und Monika Bolliger genehmigt.

4. Rede Christian Levrat

Christian Levrat, Parteipräsident und Nationalrat Fribourg weist in seiner Eröffnungsrede u.a. darauf hin, dass sich unsere Botschaften auf die sozialen und wirtschaftlichen Fragen konzentrieren sollten. Für die Legislatur 2007 – 2011 hat die SP drei Hauptthemen formuliert: Soziale Gerechtigkeit, Stärkung der Kaufkraft und Förderung von erneuerbaren Energien. Die Rede kann deutsch unter www.spschweiz.ch, französisch unter www.pssuisse.ch heruntergeladen werden.

5. Initiativen für mehr soziale Gerechtigkeit**Erklärung zum Ablauf**

In einem ersten Schritt soll der Parteitag die Grundsatzentscheide bezüglich Initiativ-Lancierung fällen. Dabei soll zu Beginn eine breite Diskussion zu allen Initiativprojekten stattfinden. Die Reihenfolge der Abstimmungen über die Anträge ist danach folgendermassen vorgesehen: Zuerst soll über den Antrag der SP Frauen diskutiert und entschieden werden, der Elternurlaub und den Mindestlohn als Initiativprojekte lancieren möchte und danach über den Antrag der SP Muri, welcher anstelle der Mindestlohn-Initiative die Initiative für eine Erbschaftssteuer ergreifen möchte. Über diese beiden konkreten Anträge soll zuerst abgestimmt werden und im Falle einer Ablehnung nachher über die einzelnen Anträge der Geschäftsleitung. Nach diesen Grundsatzentscheiden stehen in einem zweiten Schritt die Detailanträge zu den Initiativprojekten zur Diskussion.

Der Vorschlag zur Lancierung der beiden Initiativen „Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien“ und „Mindestlohn für alle.“ basiert auf den Stellungnahmen der Sektionen und Kantonalparteien. Die fünf Initiativvorschläge wurden vor dem Sommer fristgerecht an alle Sektionen verschickt. Dabei wurde bereits beim Versenden darauf hingewiesen, dass „die GL aufgrund der Rückmeldungen der Sektionen einen konkreten Antrag an den Parteitag formulieren wird.“ Die Rückmeldungen der Sektionen waren eindeutig. Zwei Initiativen wurden im Vergleich zu den anderen klar bevorzugt. Die GL möchte diese eindeutige Stellungnahme der Sektionen und Kantonalparteien respektieren und schlägt daher diese beiden Initiativen zur Lancierung vor und hat sie aus diesem Grund in der Traktandenliste etwas hervorgehoben.

5.1 Referat Ursula Wyss

Ursula Wyss Fraktionspräsidentin und Nationalrätin Bern hält in ihrem Referat die wichtigsten Punkte zur Initiative *„Schweizer Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien“* fest. Das Referat von Ursula Wyss, kann deutsch unter www.spschweiz.ch, französisch unter www.pssuisse.ch heruntergeladen werden.

5.2 Referat Marina Carobbio

Marina Carobbio Vizepräsidentin und Nationalrätin Tessin zeigt in ihrer Rede die Beweggründe zur Initiative „Lohndumping verboten. Für einen Mindestlohn!“ auf.

Das Referat von Marina Carobbio, kann in unter www.spschweiz.ch heruntergeladen werden.

Jean-Claude Rennwald Vizepräsident Unia und Nationalrat Jura weist in seinem Referat auf die Notwendigkeit einer Mindestlohn-Initiative hin.

Beide Referate können in deutsch unter www.spschweiz.ch und in französisch unter www.pssuisse.ch heruntergeladen werden.

5.3 Grundsatzentscheide zu den Initiativprojekte / Behandlung eingereicherter Anträge

A-01 Die SP Frauen Schweiz beantragen die beiden Initiativideen „Gesellschaft modernisieren – Elternurlaub für Mutter und Vater“ und „Lohndumping verboten – für einen Mindestlohn“ konkret als Initiativen zu lancieren. Die Mindestlohninitiative soll dabei in enger Koordination und Absprache mit den Gewerkschaften verfolgt werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Geschäftsleitung teilt die Ansicht der SP Frauen, dass es sich beim Elternurlaub um ein zentrales Projekt für die SP handelt. Aus diesem Grund hat die GL die Forderung in die parteiinterne Vernehmlassung gegeben und die Sektionen und Kantonalparteien nach ihrer Meinung befragt. Die Meinung dort war allerdings klar: Über ein Drittel aller Sektionen favorisierte die Initiative „Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien.“, mit nur zwei Nennungen landete die Initiative für einen Elternurlaub auf dem letzten Platz. Die GL der SP ist der Meinung, dass diese klare Stellungnahme der Basis berücksichtigt werden sollte und schlägt darum vor, die Forderung des Elternurlaubes auf parlamentarischem Weg weiter zu verfolgen und als Initiative die Forderung nach neuen Arbeitsplätzen dank erneuerbaren Energien zu stellen.

Beschluss Parteitag: : wird im Sinne der GL abgelehnt.

02 (Muri-Gümligen)

Anstelle der Initiative „Lohndumping verboten. Für einen Mindestlohn“ ist die Initiative „Familien entlasten – Erbschaften belasten“ zu lancieren.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die Geschäftsleitung teilt die Ansicht der SP Muri, dass die steigenden Krankenkassenprämien zu grosser Sorge Anlass geben und dass es sich bei der Erbschaftssteuer um ein zentrales Anliegen für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit handelt. Aus diesem Grund hat die GL auch das Projekt in die parteiinterne Vernehmlassung gegeben und die Sektionen und Kantonalparteien nach ihrer Meinung befragt. In der parteiinternen Vernehmlassung erfuhr dem Projekt einiger Zuspruch und es landete auf dem dritten Platz. Daher schlägt die GL vor, die Frage der Erbschaftssteuer nicht nur auf parlamentarischem Weg weiter zu verfolgen, sondern auch parteiintern auf der Traktandenliste zu lassen. Gleichzeitig wurden von den Sektionen gerade bezüglich Zweckbindung auch einige Fragen aufgeworfen. Braucht es überhaupt eine Zweckbindung? Wenn ja, ist es die richtige Zweckbindung? An einer der nächsten Delegiertenversammlungen soll die Frage einer Erbschaftssteuer wie-

der aufgegriffen werden – und dort die Frage der Zweckbindung, inhaltliche Varianten, Berechnungen und Möglichkeiten für ein weiteres Vorgehen dargelegt werden.

Beschluss Parteitag: : wird im Sinne der GL abgelehnt.

1. Neue Energien für neue Arbeitsplätze

A-03: GL (ersetzt A-01 in der PT Einladung)

Antrag Geschäftsleitung: Der Parteitag beschliesst, eine Initiative „Neue Energien für neue Arbeitsplätze“ zu lancieren. Mit der Forderung nach einer Verdreifachung des Anteils erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch sollen Tausende von neuen Arbeitsplätzen geschaffen werden. Ziel ist die langfristige Sicherung des Arbeitsplatzes und des Wohlstands für die ganze Bevölkerung. Die Geschäftsleitung wird beauftragt in Absprache mit den Gewerkschaften, den Umweltverbänden und weiteren Partnern den Initiativtextes definitiv zu bereinigen.

Begründung: „In die Zukunft investieren“ könnte diese Offensive bei der Förderung erneuerbarer Energien auch heissen. Während alle vom „Green New Deal“ reden, handelt die SP. Mit einer Stärkung der erneuerbaren Energien. Davon profitiert der Inland-Markt, weil hier ein riesiges Potential an innovativen und nachhaltigen Technologien besteht, das in Zukunft Tausende neuer Arbeitsplätze bringt. Die SP Schweiz verbindet mit dieser Initiative Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik. Die Initiative „Neue Energien für neue Arbeitsplätze“ hat bei den Sektionen am meisten Unterstützung gehabt. Daher soll eine solche Initiative lanciert werden.

Die ursprüngliche Idee einer kostendeckenden Einspeisevergütung ist im Parlament bereits auf gutem Weg. Aus diesem Grund soll nicht dieses konkrete Mittel im Zentrum der Initiative stehen, sondern das allgemeine Ziel.

Beschluss Parteitag: : Der Parteitag beschliesst, eine Initiative „*Neue Energien für neue Arbeitsplätze*“ mit 325:31 bei 6 Enthaltungen zu lancieren.

2. Lohndumping verboten. Für einen Mindestlohn

A-04 Sektion Orbe:

Die SP Sektion Orbe beantragt den Rückzug des Initiativprojekts zum Lohndumping.

Anträge:

1. Der Parteitag zieht die Lancierung einer Initiative zum Lohndumping zurück.
2. Der Parteitag beschliesst die Initiative der Gewerkschaft Unia für einen Minimallohn zu unterstützen. Gemäss GL

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnung zu Gunsten des Antrag GL; Aufnahme der Bedenken der SP Orbe im Sinne der nachfolgenden Begründung:

Begründung: Die Geschäftsleitung teilt die Ansicht, dass eine Lancierung von zwei Initiativen zu einer unnötigen Verzettelung der Kräfte führen würde. Die Frage der Mindestlöhne darf nicht zu einer Profilierungsfrage werden mit der Folge einer doppelten Lancierung. Aus diesem Grund hält der Antrag der GL klar fest, dass es nur eine einzige Initiative zu den Mindestlöhnen geben soll und darum das Gespräch und der enge Kontakt mit den Gewerkschaften beim weiteren Vorgehen entscheidend ist. In diesem Sinne soll dem Antrag der SP Orbe Rechnung getragen werden. Die Geschäftsleitung ist aber auch der Meinung, dass die SP sich mit der Frage von Mindestlöhnen aktiv beschäftigen muss und

schlägt darum vor, die Lancierung der Initiative zu beschliessen, um ein starkes Zeichen in diese Richtung zu setzen.

Beschluss Parteitag: : wird im Sinne der GL abgelehnt.

A-05: GL (entspricht A-02 in der PT-Einladung)

Antrag der Geschäftsleitung: Der Parteitag beschliesst die Lancierung einer Mindestlohn-Initiative in enger Koordination und Absprache mit den Gewerkschaften. Der Parteitag erteilt der Geschäftsleitung hierzu den Auftrag, mit den Gewerkschaften auf das Ziel einer gemeinsamen Lancierung einer Initiative hinzuarbeiten.

Begründung: Die Lohnschere geht immer weiter auseinander. Abzockerlöhne gilt es konsequent anzugehen. Die SP befürwortet deshalb die „Abzocker-Initiative“, unterstützt die Juso-Initiative 1:12 und hat auch bei der UBS-Boni-Debatte als einzige Partei konsequent gehandelt. Am anderen Ende der Lohnskala sind Tiefstlöhne eine der Hauptursachen für die neue Armut. Sie verhindern soziale Gerechtigkeit und stehen unseren Grundwerten wie Chancengleichheit und Perspektiven für alle diametral entgegen. Und sie führen dazu, dass in der Schweiz zahlreiche Menschen „working poor“ sind: Trotz vollem Arbeitspensum den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie nicht finanzieren können. Nach der erfolgreichen Mindestlohnkampagne der Gewerkschaften stösst die SP nach. Denn nach wie vor gibt es sogar Einkommen unter 3000 Franken. Der Mindestbruttolohn von 3500 Franken entspricht 60 % des Medianlohns. Dies sollten Arbeitnehmende in der Schweiz mit einem Vollzeitpensum mindestens verdienen.

Beschluss Parteitag: : Der Parteitag beschliesst die Lancierung einer Mindestlohn-Initiative mit 358:3 bei 5 Enthaltungen, in enger Koordination und Absprache mit den Gewerkschaften.

3. Familien entlasten, Erbschaften belasten

A-06: GL: (entspricht A-03 in der PT-Einladung)

Im parteiinternen Vernehmlassungsverfahren wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass eine Erbschaftssteuer für eine sozial gerechtere Schweiz unverzichtbar ist. Bei der Frage, ob es eine Zweckbindung brauche und falls ja, welche die richtige wäre, gehen die Meinungen aber weit auseinander. Der Parteitag erteilt deshalb der Geschäftsleitung den Auftrag, die Frage einer Erbschaftssteuer weiter zu verfolgen und an einer nächsten DV, inhaltliche Varianten, insbesondere die Frage der Zweckbindung, Berechnungen und Möglichkeiten für ein weiteres Vorgehen aufzuzeigen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss Parteitag: Annahme im Sinne der Geschäftsleitung.

4. Für ein flexibles AHV-Rentenalter – 40 Beitragsjahre sind genug!

A-07: GL: (entspricht A-04 in der PT-Einladung)

Der Parteitag beschliesst, die dringend notwendige Flexibilisierung des Rentenalters soll vorerst im Rahmen der 11. AHV-Revision vorangetrieben werden. Auf die Lancierung einer Initiative in diesem Bereich verzichtet die SP im Moment.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss Parteitag: Annahme im Sinne der Geschäftsleitung.

5. Die Gesellschaft modernisieren – Elternurlaub für Mutter & Vater

A-08: GL: (entspricht A-05 in der PT-Einladung)

Der Parteitag beschliesst, die Forderung eines Elternurlaubes auf parlamentarischem Weg weiterzuverfolgen. Das Projekt einer Volksinitiative wird momentan nicht weiterverfolgt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss Parteitag: Annahme im Sinne der Geschäftsleitung.

Detailentscheide zu den Initiativprojekten

Anträge zu

2. Lohndumping verboten. Für einen Mindestlohn

A-09 SP Genf

Die in Abs. 2 der Übergangsbestimmungen definierten Grundsätze in den Hauptvorschlag integrieren (110).

Begründung: Ohne den in der Übergangsbestimmung vorgesehenen Vorbehalt bleibt der Vorschlag eine leere Hülse. Es stünde dem Parlament frei, einen sehr tiefen Mindestlohn festzulegen, ohne die Sozialpartner zu konsultieren, was zu Lohndumping führen würde. Es ist deshalb wichtig, dem Gesetzgeber im Textvorschlag ein klares Mandat zu erteilen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die GL ist ebenfalls der Meinung, dass die jetzt in der Übergangsbestimmung vorgesehenen Punkte zwingend für die Ausgestaltung eines Mindestlohns sind. Bei der Erarbeitung des definitiven Initiativtextes soll gemeinsam mit den Gewerkschaften geschaut werden, wie diese zwingenden Punkte am besten in die Bundesverfassung integriert werden können.

Beschluss Parteitag: Annahme im Sinne der Geschäftsleitung.

A-10 SP Genf

Die GL der SP Schweiz erhält den Auftrag, in Absprache mit den Gewerkschaften die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenskosten der Regionen zu integrieren.

Begründung: Ein Lohn von 3500 Franken in einer grossen Stadt ist nicht vergleichbar mit demselben Lohn in anderen Regionen, das Leben in den grossen urbanen Zentren ist teurer. Diese Unterschiede müssen in angemessener Weise und unter Einhaltung des Solidaritätsprinzips berücksichtigt werden. Der Mindestlohn könnte zum Beispiel auf der Grundlage des kantonalen oder regionalen Medianlohns und nicht des gesamtschweizerischen berechnet werden. Eine solche Lösung muss im Rahmen der Ausarbeitung des definitiven Textes mit den Gewerkschaften diskutiert werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss Parteitag: Annahme im Sinne der Geschäftsleitung.

A-11 Juso Julien-Clément Waeber

Initiative "Für einen Mindestlohn!" Die Initiative erwähnt die geschützten Arbeitsstellen nicht. Obwohl die praktizierten Beträge einem Land wie China würdig sind...

Die Geschäftsleitung ändert die Initiative, damit der Mindestlohn für geschützte Arbeitsplätze auf 800 Franken festgelegt wird, ohne dass sich dies auf die Höhe der IV-Renten auswirkt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme

Begründung: Die GL ist ebenfalls der Auffassung, dass die geschützten Arbeitsplätze nicht vergessen gehen dürfen. Daher soll die Geschäftsleitung beauftragt werden, diese Thematik in die Diskussionen mit den Gewerkschaften zur definitiven Ausgestaltung des Initiativtextes einzubringen.

Beschluss Parteitag: Annahme im Sinne der Geschäftsleitung.

5.4 Baustelle Gesundheitspolitik / Resolution der SP Waadt

Für die Lancierung einer eidgenössischen Volksinitiative. Für eine gerechtere, transparentere und demokratisch kontrollierte Krankenversicherung

Die Krankenkassenprämien 2010 schlagen im Durchschnitt aller Kantone um ca. 9% auf, was der stärksten Erhöhung seit 7 Jahren entspricht. Gewisse Kategorien von Versicherten sind stärker betroffen: Die Prämien für Jugendliche zwischen 19 und 25 Jahren steigen im Durchschnitt um über 13%. Während die Ausgaben für die Gesundheit durchschnittlich 15% des Haushaltsbudgets ausmachen und die Löhne nicht steigen, wird diese neue Erhöhung der Krankenkassenprämien einen wachsenden Teil der Bevölkerung in Schwierigkeiten bringen.

Kaum sind die Prämien erhöhungen für Anfang 2010 angekündigt, hoffen gewisse Kassen bereits auf den nächsten Aufschlag im Laufe des Jahres und möchten so die Versicherten schröpfen, die Ende dieses Jahres die Kasse wechseln. Diese Situation ist nicht länger haltbar. Die reichlichen Reserven in gewissen Kantonen, in denen die Prämien trotzdem

aufschlagen, mangelnde Transparenz bei der Verwaltung der Kassen, die relativ ungenauen Grenzen zwischen Grund- und Zusatzversicherungen, die Abkoppelung der Erhöhung der Prämien von der Kostensteigerung im Gesundheitswesen im betreffenden Kanton, das Laissez-faire des Bundesamts für Gesundheit sowie die Jagd auf gute Risiken sind alles Probleme, die das heutige System der Krankenversicherung nicht lösen kann.

Die wiederholten Erhöhungen der Krankenkassenprämien bedrohen in gefährlicher Weise die Lage der Versicherten in bescheidenen Verhältnissen und die Familien. Das heutige System der Krankenversicherung ist am Ende und muss im Interesse der Mehrheit der von uns vertretenen Bevölkerung revidiert werden.

Deshalb verlangen wir bis Mitte 2010 die Lancierung einer Volksinitiative für eine transparente und demokratisch kontrollierte Krankenversicherung mit:

- einem echten Risikoausgleich zwischen den Kassen oder einem Zusammenschluss der Versicherten in einer einzigen Kasse pro Kanton,
- einer transparenten Verwaltung der sozialen Krankenversicherung,
- einer demokratischen Kontrolle des Krankenversicherungssystems, namentlich durch die Kantone, welche die Gesundheitspolitik umsetzen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme im Sinne des Gegenvorschlages der Geschäftsleitung.

Beschluss Parteitag: Wird mit grossem Mehr im Sinne der Geschäftsleitung angenommen.

Resolution der Geschäftsleitung SP Schweiz

Explosion der Krankenkassenprämien: Diskussion um eine öffentliche Gesundheitskasse neu lancieren

Die Ankündigung des bedeutenden Aufschlags der Krankenkassenprämien 2010 - von 8,7% auf nationaler Ebene gemäss BAG, in Wirklichkeit aber eher um 13 und 14% und sogar noch deutlich höher, namentlich für junge Erwachsene - bestätigt, dass das schweizerische Gesundheitssystem auf der Intensivstation liegt und dass man sich ernsthaft um seine Genesung kümmern muss. Diese Prämienhöhung kommt umso ungelegener, als sie eine drastische Senkung der Kaufkraft nach sich ziehen und in der Folge eine Verschärfung der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise bewirken wird. Dies bestätigt leider die Inkohärenz und Ineffizienz, welche die finanzielle Verwaltung des Gesundheitssystems durch die Krankenkassen auszeichnet. Man muss feststellen, dass die Prämien weiterhin undurchsichtig und willkürlich festgelegt werden, und es sind die Versicherten, welche die ungerechten Folgen zu tragen haben. Die Vorschriften bezüglich Reserven- und Anlagestrategie sind gegenwärtig ungenügend, was den Maximalbetrag der Reserven betrifft, und äusserst lückenhaft bezüglich Finanzanlagen, so dass in diesen Bereichen keinerlei Transparenz herrscht, was die Strategien anbelangt. Niemand weiss, was genau mit dem von den Versicherten einbezahlten Prämiengeld passiert.

Für die SP Schweiz ist die unglaubliche Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Prämien und der Kosten nicht mehr akzeptabel. Es gibt keinen plausiblen Grund, weshalb im selben Kanton für identische Leistungen die Differenz zwischen der tiefsten und der höchsten Prämie je nach Kasse 100 Franken übersteigen kann. Es kann nicht länger toleriert werden, dass die Prämie eine politische, willkürliche Komponente enthält, mit ihr das Marke-

ting finanziert wird oder dass wir uns von Kassen prellen lassen, die illegal die guten Risiken auswählen, oder dass wir die ungleiche Behandlung je nach Kanton bei der Unterstützung von Versicherten mit bescheidenem Einkommen mittragen. Diese Situationen sind nicht länger tolerierbar. Sie sind unter anderem das Ergebnis zweckwidriger struktureller Bedingungen, fehlender Transparenz und einer unangemessenen Verteilung der Ressourcen.

Die versicherten Personen müssen ständig mehr für ihre Krankenversicherung bezahlen, auch wenn sie sich verantwortungsbewusst zum Schutze der eigenen Gesundheit und zur Eindämmung der Kosten verhalten. Sie fühlen sich verlassen und warten, dass der Sozialstaat seine Aufgaben erfüllt. Die Unzufriedenheit hat lange genug gedauert. Mit Bund, 26 Kantonen, über 80 privaten Kassen und der Illusion eines regulierenden Marktes gibt es keinen Piloten mehr... oder zu viele! Das ist nicht akzeptabel, wenn es um öffentliche Gelder geht. Die schweizerische Gesundheitspolitik braucht Kohärenz und eine globale Strategie. Die Unterstützung einer gewissen staatlichen Regulierung des Gesundheitssystems ist zwingend nötig.

Unter diesen Umständen muss die Diskussion über eine öffentliche Kasse wieder in den Vordergrund rücken, denn es ist politisch und sozial nicht länger tolerierbar, dass so viele dunkle Bereiche unser Gesundheitssystem überschatten. Eine strukturelle Reform muss ernsthaft ins Auge gefasst werden, um Transparenz, Kohärenz und Solidarität zu schaffen.

Deshalb wird von der Geschäftsleitung der SP Schweiz verlangt, die Diskussionen über die Einführung über eine transparente und demokratische kontrollierte Gesundheitskasse wieder aufzunehmen. Es ist wichtig, Umsetzungsmodelle aufzuzeigen, eine möglichst breite Allianz zu schaffen, namentlich mit Patientenorganisationen und Organisationen des Gesundheitswesens. Die Resultate sollen bis an der nächsten oder spätestens übernächsten Delegiertenversammlungen präsentiert werden. Dort sollen auch die möglichen nächsten Umsetzungsschritte (parlamentarischer Weg und Volksinitiative), aufgezeigt werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss Parteitag: Wird einstimmig ohne Gegenstimme bei drei Enthaltungen angenommen.

6. Rede Bundesrat Moritz Leuenberger

Moritz Leuenberger ging in seiner Rede u.a. auf die unterschiedlichen Umfragen und Sorgenbarometer ein, welche die Stimmung in der Bevölkerung widerspiegeln sollen. Die direkte Demokratie sei keine Umfragedemokratie, sondern eine Abstimmungs- und Wahldemokratie. Ziel sei, nicht ständig zu taktieren, sondern das zu tun, was das Herz sagt. Er rief dazu auf, zu den Grundüberzeugungen der SP zu stehen. Denn am politischen Fundus würden sie gemessen, nicht an der engen Reaktion auf Momentaufnahmen.

Die Rede von Bundesrat Moritz Leuenberger kann in deutsch unter www.spschweiz.ch und französisch unter www.pssuisse.ch herunter geladen werden.

7. Finanz- und Wirtschaftskrise: Visionen einer langfristigen Wirtschaftsordnung und zur Überwindung des Kapitalismus

Die Frage einer längerfristigen Korrektur der Wirtschaftsordnung ist am Parteitag in Schwyz lanciert worden. Diese Debatte wird aber erst im kommenden Jahr im Rahmen der Parteiprogrammrevision abgeschlossen werden.

7.1 Referat Willy Spieler, Publizist Zürich

Referat wurde allen Delegierten und Gästen während der Rede verteilt und kann deutsch unter www.spschweiz.ch und herunter geladen werden.

7.2 Referat Line Rennwald, Politologin Genf

Referat wird allen Delegierten und Gästen während der Rede verteilt und kann französisch unter www.pssuisse.ch herunter geladen werden.

8. Parolenfassung zu den Eidgenössischen Abstimmungen, 29. November 2009: Bundesbeschluss zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr

A-11 Sektion Muri-Gümligen

Anstelle der Stimmfreigabe ist die Nein-Parole zu beschliessen.

Begründung: Eine Stimmfreigabe ist immer eine schlechte Lösung und öffnet die Tür für ein „Ja“. Der Luftverkehr stellt unbestritten eine ökologische sowie gesundheitliche Belastung dar und verursacht einen massgeblichen Anteil an den CO₂-Emissionen. Der Geldtopf „Treibstoff-Verbrauchssteuer“ muss im Sinne der VCS-Initiative verteilt werden. Wird nun die Hälfte des Reinertrags der Verbrauchssteuer auf Flugtreibstoffen für den Flugverkehr im weitesten Sinne abgezweigt, wird die Initiative für den öffentlichen Verkehr des VCS, die auch von der SP unterstützt wird, geschwächt. Auch im Luftverkehr ist die Kostenwahrheit zu fordern. Kosten für Sicherheit und Umweltschutz sind von denjenigen zu bezahlen, die Kosten verursachen bzw. davon profitieren (Ticketpreis, Frachttarife).

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Auch für die Geschäftsleitung ist die Vorlage mit schwerwiegenden Mängeln behaftet. Insbesondere teilt sie die Skepsis dem Flugverkehr gegenüber: Dieser ist eine massive ökologische sowie gesundheitliche Belastung und trägt einen massgeblichen Anteil an den klimaerwärmenden CO₂-Emissionen bei. Die Vorlage weist aber auch einige Vorteile auf, die gegen eine Ablehnung sprechen. Artikel 86 soll dem Bund die Möglichkeit geben, Beiträge an Umweltschutzmassnahmen auszurichten. Damit wird die Kostenwahrheit beim „Verkehrsträger Luft“ wenigstens minimal hergestellt.

Es sollen Beiträge zur Förderung eines hohen technischen Sicherheitsniveaus („safety“) entrichtet werden. Im Sinne der gewünschten best practice im Flugverkehr sind diese Mittel sehr erwünscht. Zudem sollen Beiträge an Sicherheitsmassnahmen finanziert werden. Aus diesen Gründen beantragt die Geschäftsleitung Stimmfreigabe.

Beschluss Parteitag: Wird im Sinne der Geschäftsleitung abgelehnt

Abstimmung zur Parolenfassung:

Beschluss: Der Parteitag beschliesst mit 147:109 bei wenigen Enthaltung **Stimmfreigabe**

8.2 Parolenfassung zur Volksinitiative "Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten"

Empfehlung Geschäftsleitung: JA zur Volksinitiative "Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten"

Abstimmung zur Parolenfassung:

Beschluss: Der Parteitag beschliesst mit **grossem Mehr** bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen die **JA-Parole**.

8.3 Parolenfassung zur Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“

Empfehlung der Geschäftsleitung: NEIN „Gegen den Bau von Minaretten“

Abstimmung zur Parolenfassung:

Beschluss: Der Parteitag beschliesst **einstimmig** die **Nein-Parole**

9. Statutarische Geschäfte: *Statutenänderung von Art. 3*

Antrag auf Statutenänderung:

heute: Art 3; Mitgliedschaft,

1. "Die Aufnahme von Mitgliedern erfolgt auf Antrag des Sektionsvorstandes durch die Mitgliederversammlung, sofern die Sektionsstatuten nichts anderes vorsehen."

neu: "Der Beitritt erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Der Sektionsvorstand verfügt über die Möglichkeit, die sofortige Aufnahme zu sistieren und auf die nächste Mitgliederversammlung der Sektion zu verschieben, die über die definitive Aufnahme befindet."

Begründung: Die SP Schweiz lebt von ihren Mitgliedern. Es ist daher auch in Zukunft zentral, dass die SP möglichst viele Mitglieder hat. Aus diesem Grund haben die SP Schweiz und die Kantonalparteien zusammen verschiedene Massnahmen beschlossen, um neue Mitglieder in der SP Schweiz willkommen zu heissen und bestehende Mitglieder noch besser zu pflegen. Ein zentraler Bestandteil dieser „Willkommenskultur“ hat eine statutarische Änderung zur Folge.

Bisher war es oft einfacher, aus der SP auszutreten als einzutreten. In vielen Sektionen muss man bis zur nächsten ordentlichen Mitgliederjahresversammlung warten, bis man Mitglied wird. Auch die SP Schweiz setzt in ihren Statuten und in ihren Neumitgliederbriefen falsche Anreize. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, auf InteressentInnen und neue Mitglieder sofort zuzugehen und sie willkommen zu heissen, nachdem sie den oft grossen Schritt gemacht haben, mit der SP Kontakt aufzunehmen und ihre Absicht bekundet haben, Mitglied zu werden.

Aus diesem Grund ist eine Änderung bei den Statuten bezüglich Mitgliedschaft und Aufnahme geplant: Im Normalfall erlangt man mit der Erklärung zum Parteibeitritt auch den Mitgliedsstatus. Um den Beitritt von Querulanten – und damit verbunden ein mühsames Ausschluss-Verfahren – zu verhindern, soll es aber auch in Zukunft möglich sein, die sofortige Aufnahme zu sistieren und auf die nächste Mitgliederversammlung der Sektion zu verschieben, welche dann über die definitive Aufnahme befindet. Mit diesem Passus wurde den Bedenken einiger Kantone Rechnung getragen. Die Koordinationskonferenz der Kantonalparteien stimmte an ihrer Sitzung vom 26. März 2009 in Neuenburg mit sehr grosser Mehrheit dieser Statutenänderung zu, über die der Parteitag befinden muss.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss Parteitag: Wird mit allen gegen vier Stimmen im Sinne der Geschäftsleitung angenommen.

Antrag – 06 PS de Chavannes-près-Renens

Art. 3 der Statuten :

Neu :

Der Beitritt erfolgt durch **eine** schriftliche **oder elektronische (via Internet)** Beitrittserklärung. Der Sektionsvorstand verfügt über die Möglichkeit, die sofortige Aufnahme zu sistieren und auf die nächste Mitgliederversammlung der Sektion zu verschieben, die über die definitive Aufnahme befindet

Begründung : Zahlreiche Beitrittsgesuche werden heute online über das SP-Beitrittsportal im Web eingereicht. Die «elektronische Beitrittserklärung» in den Statuten ist somit nur eine Anpassung an die Realität.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss Parteitag: Wird im Sinne der Geschäftsleitung angenommen.

Resolution der Geschäftsleitung: Arbeitslose nicht dem Markt überlassen

Die Zahl der Arbeitslosen ist bereits deutlich über die Grenze von 150'000 geklettert. Nicht mitgerechnet jene Personen, die derzeit noch von der Kurzarbeit profitieren, aber eine baldige Entlassung befürchten müssen. Doch damit nicht genug: Die Beschäftigung wird weiter zurückgehen. Nächstes Jahr wird die Arbeitslosenquote deutlich über 5 Prozent steigen. Weit über 200'000 Personen werden ohne Arbeit auf der Strasse stehen. Es droht ferner das Szenario eines „jobless growth“, einer Phase mit einem tiefen Wachstum, das die Arbeitslosigkeit nicht zu reduzieren vermag.

Doch es darf nicht sein, dass nun die Arbeitnehmenden die bitteren Folgen der Finanzkrise allein ausstehen müsse, nachdem der Staat den Verantwortlichen des Casino-Kollapses mit Milliarden aus der Patsche geholfen hat. Was jetzt von Bürgerlichen als Sparkurs propagiert wird, ist eine verantwortungslose und menschenverachtende Politik. Die Probleme werden zudem nur aufgeschoben: Je länger Arbeitslose weg aus dem Arbeitsmarkt sind und je stärker die Betroffenen durch eine Aussteuerung jegliche Strukturen verlieren, desto schwieriger wird die Wiedereingliederung sein. Die SP Schweiz verlangt, dass den Betrof-

fenen mit den folgenden Massnahmen umgehend geholfen wird. Das ist ein zwingendes Zeichen der Solidarität und der ökonomischen Vernunft.

1. ALV-Taggeldzahlung verlängern
Angesichts der Schwere dieser Rezession muss die Taggeldzahl der Arbeitslosenversicherung (ALV) temporär für alle Arbeitnehmenden auf 520 Tage erhöht werden. Parallel dazu müssen Mittel für befristete Anstellungsmöglichkeiten von arbeitslosen Personen bereitgestellt werden. Die Finanzierung darf nicht über die bereits überforderte ALV, sondern mit einer temporären Aussetzung der Schuldenbremse über den ordentlichen Bundeshaushalt geregelt werden.
2. Bildungsperspektiven gegen die Jugendarbeitslosigkeit
Jugendliche dürfen nach dem Schul- oder Lehrabgang nicht sich selbst überlassen werden. Alle Schul- und Lehrabgängerinnen sowie junge Arbeitslose bis 30 Jahren sollen bei ihrer Meldung beim RAV auf Wunsch in ein angepasstes Ausbildungs- oder Weiterbildungsprogramm überwiesen werden. Eine moderne Wissensgesellschaft kann und darf es sich nicht leisten, ihren Jugendlichen keine Chance zu geben.
3. Erfahrene Mitarbeitende im Betrieb behalten
Nach jeder Krise steht die Wirtschaft vor dem gleichen Dilemma, dass im Aufschwung die erfahrenen älteren Fachkräfte fehlen, die man vorher entlassen oder frühzeitig mit gekürzten Renten in die Pension geschickt hat. Der Wirtschaft geht durch die kurzfristige Marktlogik wertvolles Wissen verloren und die Menschen werden gleichzeitig ihrer Sicherheit und ihres sozialen Status beraubt. Darum müssen die älteren Arbeitskräfte unbedingt im Arbeitsprozess gehalten werden.
4. Nachhaltige und umsichtige ALV-Revision statt blindwütige Sparkeulen
Die von Bundesrat und bürgerlicher Ratsmehrheit verlangte ausgabenseitige Sanierung der ALV ist unsozial. Das Vorgehen droht dieses wichtige Instrument dadurch auch für jede grössere Wirtschaftskrise untauglich zu machen. Die ALV muss für die Arbeitnehmenden ein Garant für soziale Sicherheit sein. Darum ist auf einen Leistungsabbau zu verzichten. Zur nachhaltigen Finanzierung der ALV sollen künftig Beiträge an die ALV analog zum System der AHV auf dem gesamten Lohn erhoben werden müssen. Zwischenzeitlich müssen die oberen Einkommen zumindest mit dem Solidaritätsprozent ihren Sanierungsbeitrag leisten.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss Parteitag: Zustimmung im Sinne der Geschäftsleitung

Resolution der Sektion Genf Stadt

Angesichts der besorgniserregenden Prognosen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) bezüglich Arbeitslosigkeit für die nächsten zwei Jahre (ca. 240'000 Arbeitslose) und der schwierigen Lage in mehreren Bereichen der Wirtschaft, verlangt die SPS 2010 mehr Massnahmen zugunsten der Arbeitslosen. Das SECO muss unbedingt mehr AMM vorsehen, als für 2010 geplant sind. Das Parlament hat durch seine Ablehnung des 3. Konjunkturpakets entschieden, dass die Krise mit den bereits bestehenden Mitteln gelöst werden soll. Wir nehmen dies zur Kenntnis und verlangen, dass ausreichende Mittel für die resultierenden Kosten freigegeben werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss Parteitag: Zustimmung im Sinne der Geschäftsleitung

Resolution der Sektion Genf Stadt: "AVIG und Arbeitsplatzsicherung"

Angesichts der besorgniserregenden Prognosen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) bezüglich Arbeitslosigkeit für die nächsten zwei Jahre (ca. 240'000 Arbeitslose) und der schwierigen Lage in mehreren Bereichen der Wirtschaft verlangt die SPS die Rückweisung des neuen AVIG. Eine Demontage des AVIG ist sozial und wirtschaftlich völlig ungerecht. Ausserdem ist der Zeitpunkt ausgesprochen schlecht gewählt, in dieser Zeit, in der im Sinn einer antizyklischen Politik unbedingt investiert werden muss.

Schliesslich untersucht die SP Schweiz angesichts der Sorge um die Arbeitsplätze die Möglichkeit, einen Gesetzesentwurf einzureichen, der die Entlassungen in Krisenzeiten einschränkt, namentlich für Firmen, die von einer öffentlichen Unterstützung profitieren.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Begründung: Die GL ist ebenfalls der Meinung, dass die Revision der ALV nicht zu einer Abbaurevision führen darf. In Zeiten der Krise die Arbeitslosenversicherung weiter zu schwächen, wäre eine kolossale Dummheit. Die Fraktion der SP wird daher in den aktuellen parlamentarischen Beratungen alles daran setzen, dass es zu keinem Abbau kommt. Falls die SP dabei nicht erfolgreich sein wird, wird sie die Revision ablehnen.

Beschluss Parteitag: Zustimmung im Sinne der Geschäftsleitung

Resolution der Geschäftsleitung:

Für die sofortige Ratifizierung der europäischen Sozialcharta

Die SP fordert den Bundesrat auf, die revidierte Sozialcharta des Europarats aus dem Jahr 1996 unverzüglich zu unterzeichnen und die Ratifikation einzuleiten. Die Schweiz übernimmt am 18. November 2009 im Ministerkomitee des Europarats für sechs Monate den Vorsitz. Sie muss sich die Peinlichkeit ersparen, von anderen Staaten die Ratifizierung der Sozialcharta einzufordern, ohne diesen Schritt selbst getan zu haben. Aufgrund ihrer fundamentalen Bedeutung kann seit der Wende von 1989 kein Staat mehr dem Europarat beitreten, ohne die Sozialcharta zu ratifizieren.

Die Sozialcharta garantiert auf internationaler Ebene die grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Rechte und ist damit eine der wichtigsten Konventionen des Europarats. Gerade angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist ein klares Bekenntnis der Schweiz zu den wirtschaftlichen und sozialen Grundrechten heute wichtiger denn je.

Neben der Schweiz haben im Europarat allein Kroatien, Liechtenstein und Montenegro die revidierte Sozialcharta nicht unterzeichnet, 28 Staaten haben sie ratifiziert. Die Schweiz präsentiert sich international gerne als führendes Land zur Verteidigung und Weiterentwicklung der Menschenrechte. Steht sie aber bei der Sozialcharta weiterhin abseits, verspielt sie in der Menschenrechtspolitik jede Glaubwürdigkeit. Gerade im Europarat darf die Schweiz nicht die Rolle eines Bremsklotzes spielen, sondern soll eine solidarische Vorrei-

terrolle übernehmen. Die Schweiz hat alles Interesse daran, ihren solidarischen und konstruktiven Beitrag zum Aufbau und zur Stärkung eines sozialen, friedlichen und demokratischen Europa zu leisten.

Die Schweiz kann die revidierte Sozialcharta unterzeichnen und ratifizieren, ohne ihre Gesetzgebung ändern zu müssen. Allein ideologische Gründe haben bisher die Ratifizierung verhindert. Diese müssen endlich überwunden werden. "Pro Sozialcharta", eine breite Koalition von über 60 Organisationen aus allen Bereichen der Zivilgesellschaft, hat ein starkes Signal ausgesendet, dass die Schweiz für den sofortigen Beitritt zur Sozialcharta bereit ist. Die SP schliesst sich der Kampagne dieser Koalition an. Bürgerlich-politische und soziale Rechte müssen endlich gleich behandelt werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss Parteitag: Zustimmung im Sinne der Geschäftsleitung

Resolution Sektion Orbe und Umgebung zum Konflikt in Sri-Lanka

Sri-Lanka ist eine Insel im Südosten Indiens. Seit den 70er Jahren herrscht im Land ein mörderischer Bruderkrieg. Die von der singalesischen buddhistischen Mehrheit dominierte Regierung von Sri-Lanka steht den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) gegenüber. Die Rebellen kämpfen mit Waffengewalt, um im mehrheitlich von hinduistischen Tamilen bewohnten Osten und Norden des Landes einen unabhängigen Staat zu gründen.

Nach über 30 Jahren Krieg zwischen den beiden Parteien wird die Lage immer katastrophaler.

Ende 2008 beschloss die singalesische Regierung, die LTTE gewaltsam zu eliminieren. Dies hatte schlimme Folgen für mehrere Hunderttausend Zivilisten, die in der Region Vanni im Norden der Insel mitten im Kampfgebiet eingeschlossen waren. Obschon die Tamilen in einer demokratischen und hochentwickelten Welt leben, sind sie gezwungen, in Bunkern zu hausen, um den Artilleriegeschossen der Armee von Sri-Lanka (SLA) zu entgehen. Im nordöstlichen Teil der Insel sind gegenwärtig 170'000 Zivilpersonen auf einem schmalen, von den LTTE umschlossenen und von der Regierung als "Sicherheitszone" bezeichneten Küstenstreifen zusammengepfercht, ohne Wasser, ohne Nahrung, ohne Medikamente oder humanitäre Unterstützung. Zudem werden ca. 200'000 Zivilisten in den Kampfgebieten und in den von der Regierung kontrollierten Zonen in 18 mit Stacheldraht umzäunten Lagern festgehalten, wo sie misshandelt werden, weil sie unter dem Verdacht stehen, den LTTE anzugehören. Alle berichten von Hunderten von Toten und Verletzten als Folge der Kämpfe. Die Tamilen werden täglich von den Soldaten der sri-lankischen Armee bedroht. Die von den Bombardierungen verursachten Zerstörungen betreffen auch Kulturen und Vieh und begünstigen die Inflation bei den lebenswichtigen Produkten. Diese bewaffnete Offensive in den letzten Bastionen der LTTE dauert jetzt seit einigen Wochen, ohne Zeugen.

Im Mai 2009 beendet die militärische Niederlage der separatistischen Tamilenrebellen den Krieg. Der militärische Sieg von Colombo scheint total. Die sri-lankische Regierung hat das gesamte Territorium der Insel besetzt, und der Leader der LTTE, Velupillai Pirabhakaran, ist tot.

Die tamilische Bevölkerung kämpft weiter für die Freilassung der in den Lagern festgehaltenen Opfer. Sie fordert, dass diese Menschen sofort gepflegt werden und dass sie Zu-

gang zu überlebenswichtigen Gütern erhalten. Weder Journalisten noch Vertreter humanitärer Organisationen haben Zutritt zu diesen Gebieten. Dieses Land muss jetzt eine schwierige Situation überstehen. Nach dem Sieg der Regierung findet das Land wenig Beachtung in den Medien. Dies führt zu einer Verkennung der aktuellen Situation.

Wir fordern eine Intervention der Schweiz in folgenden Punkten:

Ohne Eingreifen von Drittstaaten ist es schwierig, dieses Massaker zu beenden. Deshalb wird die SP eingeladen zu intervenieren, damit die Diskriminierung in Sri-Lanka aufhört. Die tamilische Nation verlangt einen sofortigen Stopp der Bombardierungen durch beide Parteien, den Zutritt für Medienleute und humanitäre Hilfe in den Kampfgebieten sowie das Ende der Drohungen gegen Menschenrechtsvertreter. Es besteht Handlungsbedarf!

Es braucht diplomatische Vorstösse für die Schaffung eines föderalistischen Staates, damit beide Gemeinschaften der Insel eine Lösung in Frieden und Koexistenz finden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss Parteitag: Zustimmung im Sinne der Geschäftsleitung

Resolution SP St. Gallen: Medienpolitik gestalten statt erdulden

Die Wichtigkeit der Medien für den politischen Meinungsbildungsprozess ist unbestritten. Nur wenn die relevanten Informationen aus dem und über das politische System allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen frei zugänglich sind, besteht die Grundlage für eine gerechte und stabile Demokratie.

Für die Linke sind funktionierende Medien besonders wichtig, denn im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien und ihren kapitalstarken Unterstützern, ist die SP viel stärker auf die Berichterstattung der Medien angewiesen, um ihre Werte, Weltansichten und Ziele den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes vermitteln zu können. Die Bürgerlichen können Lobbyisten und Meinungsmacher kaufen, die Linke muss das Volk von seinen Positionen überzeugen. Freie, faire und ihren Auftrag wahrnehmende Medien sind hierfür unerlässlich.

Die letzten Jahre sind jedoch geprägt von einem wahren Zeitungssterben. Besonders dramatisch ist die Tatsache, dass verschiedene Regionen der Schweiz mittlerweile von Monopolblättern beherrscht werden. Diese Monopolblätter gehören in der Regel einem Medienkonzern an, welcher gleichzeitig auch noch das Regionalfernsehen und einen Radiosender kontrolliert. Von einer regionalen Medienvielfalt kann nicht mehr gesprochen werden, wenn Monopolblatt, Radio und Fernsehen aus dem gleichen Medienkonzern stammen. Darüber hinaus entsteht eine eigentliche Machtstellung der Medienhäuser den Parteien gegenüber, welche vom Wohlwollen des Monopolisten abhängig sind, um überhaupt in der Berichterstattung zu erscheinen.

Besorgniserregend ist auch der Qualitätsverlust der Medien, der sich in den letzten Jahren beschleunigt hat. Der kritische Journalismus in der Schweiz ist nahezu verschwunden. Dieser Qualitätsverlust ist die logische Folge dessen, dass die Medienhäuser immer stärker nach einer reinen Konzernlogik organisiert sind, d.h. sie haben den Prinzipien des Kapitals und nicht den Prinzipien des Journalismus zu folgen. Die Kahlschläge auf den Redaktionen der letzten Jahre sind Ausdruck davon und werden den Qualitätsverlust noch verschärfen. Den Journalistinnen und Journalisten fehlt die Zeit für vertiefte Recherchen und Analysen. Die Medien drucken nur noch Verlautbarungen verschiedenster Seite unkritisch und unhinterfragt ab. Oberflächlichkeit und Einheitsbrei sind die Folge davon.

In den Analysen nach den letzten Wahlniederlagen wurde auch immer wieder die Aussage gemacht, dass die SP ihre Wähler verlieren, weil sie ein Image- und Glaubwürdigkeitsproblem habe, weil sie die Leute mit ihren Botschaften nicht mehr erreiche. Nach unserer Interpretation haben diese Schwierigkeiten auch damit zu tun, dass die SP Schweiz den beschriebenen Wandel der Medienlandschaft wehrlos hinnimmt, resp. keine Gegenstrategien dazu entwirft. Die SP Schweiz hat schon unzählige Konzepte dazu ausgearbeitet, wie sie ihre Medienarbeit verbessern kann. Sie muss sich aber auch überlegen, welche Medienlandschaft sie sich eigentlich wünscht und mit welchen politischen Instrumenten und Massnahmen, sie diese zu gestalten gedenkt.

Aufgrund der vorangegangenen Überlegungen wird die SP Schweiz beauftragt ein medienpolitisches Strategiepapier auszuarbeiten, welches sich insbesondere mit dem folgenden Fragen auseinandersetzt:

- Wie kann der Qualitätsverlust der Medien gestoppt und umgekehrt werden?
- Welche staatlichen Förder- und Einflussnahmen bestehen hierzu?
- Wie kann eine blühende Medienlandschaft als Teil des service public in unseren Institutionen verankert werden?
- Wie steht es um das Projekt einer linken Tageszeitung? Welche Formen und Kooperationen sind denkbar?
- Welche Möglichkeiten und Chancen bieten die neuen Medien, resp. die Schnittstellen zwischen den neuen und den traditionellen Medien?

Empfehlung der Geschäftsleitung: Als Prüfungsauftrag annehmen.

Die Geschäftsleitung teilt die in der Resolution gemachten Einschätzungen im Grundsatz, vor allem was die Rolle der Medien im politischen Meinungsbildungsprozess und was deren Stellenwert in einer Demokratie angeht. Die Geschäftsleitung teilt auch die Sorge bezüglich (schwindender) Pressevielfalt und der Qualitätsanforderungen an den Journalismus.

Die Geschäftsleitung ist bereit, die Resolution wie folgt entgegenzunehmen: Die AG Medien der SP Schweiz prüft die 5 in der Resolution konkret gestellten Fragen auf die beiden folgenden Aspekte hin: 1.) Auf welche der genannten Fragen ist es den in der AG Medien versammelten Fachleuten in welcher Weise möglich, fundiert und seriös einzugehen? 2.) Gibt es bereits Positionen, die die Forderungen abdecken? Zu einzelnen Bereichen wurde nämlich bereits gearbeitet und Vorarbeiten existieren, die sich im Sinne eines Strategiepapiers verdichten lassen.

Die AG Medien wird diese Einschätzung so rasch als möglich vornehmen und eine entsprechende Rückmeldung zu den beiden genannten Aspekten im Laufe des ersten Halbjahres 2010 geben.

Beschluss Parteitag: Wird im Sinne der Geschäftsleitung als Prüfungsauftrag angenommen.

11. Schluss

Schluss des Parteitages: 16.00 Uhr:

Für das Protokoll: Ruth Straubhaar